

Von Dr. Christoph Luchsinger, +41 76 392 03 20, luchs@schatten-kabinett.ch

- alt Gemeinderat Stadt Zürich (FDP) für die Kreise 1 & 2 und Direktor www.schatten-kabinett.ch
- Universitätsdozent Mathematik
- Kleinunternehmer: Gründer www.acad.jobs : akademische Stellen weltweit – und die besten Jobs in der Privatwirtschaft

Artikel auf www.schatten-kabinett.ch sind keine Einführungen in ein Thema, sondern Memos und Checklisten für Praktiker. Sie finden hier auch sehr gute Formulierungen, um komplexe Zusammenhänge kompakt zusammenzufassen oder Schlagworte, um ihre bereits vorhandene Rede zu würzen. Falls wir irgendwo Urheberrechte verletzen, bitte umgehend mit Nachweis melden: wir werden dann die jeweiligen Passagen neu als Zitate kennzeichnen.

Ordnungspolitische Grundsatzüberlegungen zur Bewältigung von Corona

In diesem Artikel werden aus diversen Quellen alle ordnungspolitischen Argumente zusammengefasst, die es im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Pandemie zu beachten gilt. Nicht behandelt werden konkrete Tipps für Einzelpersonen und Unternehmen (es gibt am Schluss aber ein paar gute Links dazu). Das Schwergewicht liegt zudem auf den wirtschaftlichen Fragen und nicht den bürgerlichen Freiheitsrechten. Aus geschichtlicher Perspektive ist die Lage für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung deshalb derart ernst, weil der Staat nach Krisen (Wirtschaftskrisen und Kriegen) immer grösser war als vor der Krise (Staats- und Steuerquote und andere Messgrössen).

Die Checkliste auf www.schatten-kabinett.ch/29 bleibt grundsätzlich gültig!

Ein bisschen Philosophie gleich am Anfang: es ist erstaunlich, welche Einschränkungen der Freiheit (zumindest vorerst) akzeptiert werden, wenn diese einen sachlichen Grund haben, nicht willkürlich ergriffen werden und ein Ablaufdatum haben. Der zentrale Satz von **Hayek**: **«Freiheit heisst, dass wir keinem Zwang anderer Menschen unterliegen, die uns für ihre eigenen Zwecke einspannen wollen.»**, kürzer: «Freiheit als Abwesenheit von Fremdzwang» deckt dies ab. Es ist ja nicht Zwang für die Zwecke von anderen, sondern hier klar zu unser aller Wohl (wobei Fehleinschätzungen immer möglich sind)!

Die aktuellen **Bundes-Massnahmen** in der Schweiz (Stand April 2020) **sind – in Anbetracht der vorgängigen Versäumnisse - nicht falsch**; mehr sollte man sie nicht loben. Die Kritik an diesen Bundesmassnahmen, dass jetzt Unternehmen geholfen wird, die nicht vorgesorgt haben, und damit die Vorsorgenden indirekt bestraft werden (jemand wird es am Schluss zahlen), ist auch nicht falsch (dazu am Schluss NZZ-Artikel von Rainer Zitelmann).

Die vielen Staatseingriffe werden von vielen Liberalen aktuell deshalb akzeptiert, weil diese vom Szenario ausgehen, dass es jetzt einen gewissen Einbruch gibt, dieser aber nach wenigen Monaten vorbei ist und dann kann man wieder stufenweise die Wirtschaft ganz hochfahren, mit der gleichen Wirtschaftsstruktur wie vorher (sog. «V-Einschnitt»). Diese **mechanistische, oberflächliche Wirtschaftssicht ist eine Anmassung von Wissen und stimmt ganz sicher in zentralen Punkten nicht – je länger die Krise dauert, desto falscher ist die Annahme**. Paar anschauliche Beispiele – die Liste lässt sich fast beliebig verlängern:

- Wegen veränderter Arbeitsgewohnheiten (Home-Office, Online-Sitzungen) wird nachher nachhaltig **weniger Verkehr** (privat wie öffentlich) stattfinden. Das ist zum Beispiel ein Argument gegen allzu grosszügige Stützung des Luftverkehrs – neben vielen anderen Argumenten. Gott sei Dank haben wir keine eigene grosse Airline

mehr und auch keine Autoindustrie (wir haben aber Zulieferer). Dazu, und auch sonst, ist der NZZ-Artikel von Nassim Nicolas Taleb & Mark Spitznagel lesenswert und aufschlussreich (Link am Schluss): «**Eine Airline retten darf nicht bedeuten, dass wir deren Aktionäre und fürstlich bezahlte Manager subventionieren**».

- Die Leute entdecken vielleicht wieder das gemeinsame **Kochen und Essen**. Das heisst, die Restaurantbranche muss eventuell wirklich leicht schrumpfen.
- Die Leute gehen weniger in's **Fitnessstudio** und trainieren eher zu Hause und im Freien.
- Aktuell gehen die Leute **seltener zum Arzt**, aus Angst vor Ansteckungen – vielleicht merken sie, dass es nicht so häufig nötig ist.
- Diverse nachhaltige Änderungen im **Bildungssektor** – öffentlich und privat.
- Wir haben aktuell viele Zombie-Unternehmen. Die Flurbereinigung wurde verhindert wegen der tiefen Zinsen nach der Finanzkrise und wird jetzt gleich nochmals verhindert.

Zusammenfassend: die Menschen sind die wertvollste Ressource, vor allem in der Schweiz. Die Menschen lernen, passen sich an, sind kreativ, innovativ, arbeiten hart und **schaffen bleibende Änderungen, die auch nach der Krise bestehen bleiben!** Die aktuellen Stützmassnahmen behindern diese Anpassungen und zementieren die Wirtschaftsstruktur. (angepasst ☺ nach Bruce Yandle & Brett Dalton)

Beurteilung der einzelnen Stütz-Massnahmen (Im Wesentlichen auf die Schweiz bezogen):

- **Zentraler Checkpunkt bei allen Massnahmen: wann und wie können wir diese Massnahmen auch wieder abschaffen?**
- Unproblematisch: Aufrufe an liquide Privatpersonen, Unternehmen und Staat: bitte Rechnungen sofort zahlen
- In die andere Richtung: Kulanz bei eigenen Rechnungen (Steuern, AHV, MWSt und auch privat): kurzfristig sicher gut, kann langfristig problematisch werden
- Vorschlag: Beim Staat 13. Monatslohn ganz abschaffen und auf die 12 Monate gleichmässig aufteilen. Das könnten auch private Firmen jetzt, wo möglich, freiwillig machen. Gibt für die Gewerkschaften einen Tummelplatz weniger, hilft kleinen Selbständigen, die noch nebenbei eine Stelle, zum Beispiel beim Staat, haben.
- Alle Massnahmen für Hilfen für Privatpersonen im Sinne von Entschädigungen müssen eine obere Lohngrenze beinhalten, die eher tief ist – Basis klar weniger als 100'000 CHF pro Jahr.
- Helikoptergeld an alle Bürger ist strikt abzulehnen. Das hilft nichts und würde die Wirtschaftsakteure verunsichern, weil die Politik hilflos agiert.
- *Bedingungsloses*, garantiertes Mindesteinkommen ablehnen; siehe www.schattenkabinett.ch/65 (Rede Luchsinger im Zürcher Gemeinderat)
- Kurzarbeiterregime temporär vorsichtig ausweiten ist nicht falsch. Sinnvoll wäre generell eine Anpassung an die dänische Lösung, dass erstmal 5 Ferientage zu beziehen sind.
- Der schwierigste Teil ist die Unterstützung von Selbständigen und formell via juristische Person bei sich selbst angestellte Firmenleitungen. Hier hilft die reine Lehre kaum weiter (siehe auch unten bei «Wenn es länger dauert»).
- Generell unterscheiden, ob eine Firma durch staatliche Verbote (Restaurants, Konzerte) Verluste macht oder durch Sekundäreffekte. Eher klar ist bei den ersten, dass deren Ausfall (allenfalls mit Limiten) à fonds perdu ersetzt werden muss (es ist eine «Privatisierung der Kosten bei gleichzeitiger Sozialisierung des Nutzens»). Es gibt aber auch hier die Überlegung, über eine vorübergehende, staatliche Beteiligung an den Gewinnen der kommenden vielleicht 2-3 Jahre einen Teil wieder

reinzubekommen. Bei den anderen eher rückzahlbare Kreditgewährung mit langer Laufzeit. Bei dieser Unterteilung aber ein berechtigter Einwand:

- Ein Unternehmer, der nichts anderes tut, als Coiffeurgeschäfte zu beliefern, Kassensysteme für den Detailhandel zu warten oder Lichtsysteme für Events installieren, hat durch die staatlichen Massnahmen auch 100% Umsatzausfall, obwohl er ja nicht direkt von den staatlichen Zwangsmassnahmen betroffen ist. Angemessene, einfache Abgrenzungen sind hier nicht einfach.

Ein anderes Kriterium ist, ob der Konsum nachgeholt wird (neue Waschmaschine) oder nicht (auswärts essen), wobei beim letzten Gutscheine etwas Linderung bringen können. Eine weitere, möglicherweise sinnvolle Massgrösse für Staatshilfe könnten die in der Vergangenheit von einem Unternehmen bezahlten Steuern sein.

- Allenfalls Kredite, aber nicht Staatsbeteiligungen an Firmen, das zweite kann der Staat nicht.
- Bestehende Banken (und langjährige Bankbeziehungen) als Kanäle für staatlich erleichterte Kreditvergabe nutzen und nicht den Staat selber – Prüfung von Kreditgesuchen ist keine Staatsaufgabe.
- Konjunkturprogramme sind immer falsch, nicht nur jetzt, aber jetzt ganz besonders:
 - Sie sind immer prozyklisch und nicht antizyklisch.
 - Andere, «normale» konjunkturelle Krisen sind in der Tat Anpassungsprozesse der Wirtschaft, die man sowieso nicht stören sollte.
 - Normalerweise werden so einfach gut organisierte Interessengruppen gefördert.
- www.nzz.ch/wirtschaft/was-tun-gegen-den-wirtschaftlichen-kollaps-die-acht-wichtigsten-optionen-und-deren-vor-und-nachteile-ld.1547201 : Überblick über die derzeit international diskutierten Optionen (Christoph Eisenring, Thomas Fuster)

Man sollte noch bei jeder Gelegenheit auf einen soziologisch tragischen Problemkomplex aufmerksam machen, der politisch kaum berücksichtigt werden kann, in der Debatte aber schon:

- Unsere sozialen Sicherungssysteme bilden eigentlich eine Zweiklassengesellschaft: Risikoträger, die selber schauen müssen auf der einen Seite und Angestellte, die als Abhängige alles vom Staat erwarten dürfen. In der normalen Lage geht das so durch, weil stets nur einzelne Risikoträger unter die Räder kommen. In der jetzigen Lage besteht die Gefahr, dass Risikoträger grossflächig unter die Räder kommen und danach nicht mehr die Kraft haben, aufzustehen. Die Risikoaversen dagegen werden gestützt. Dauert diese Krise länger, wird so dem Unternehmertum und der Eigenverantwortung in unserem Lande ein nachhaltiger Schaden zugefügt. Aus liberaler Sicht sehr unschön.
- Verhältnis privat Angestellte - Staatsangestellte: Auch hier: In der normalen Lage stimmen Risiko/Rendite einigermassen. Jetzt haben diese Null Risiko aber die volle Rendite.
- Verhältnis Erwerbstätige - Pensionierte: Auch hier: Wir muten der Wirtschaft enorm viel zu, um vornehmlich Pensionierte zu schützen. Und verteilen ja heute schon Milliarden zu dieser Bevölkerungsgruppe um (seit langem systemfremd in der 2. Säule). Auch hier: Sie haben die volle Rendite, tragen aber kaum ein Risiko.

Störend an diesem Punkt ist die Einstellung «es wurde jetzt immer zwangsumverteilt in die eine Richtung – jetzt machen wir es mal in die andere Richtung». So genau ist die Korrektur bei der «Umkehr» der Finanzflüsse ja wohl kaum! Korrekt wäre aus unserer Sicht, dass man die ursprünglichen Zwangsumverteilungen und Asymmetrien abschafft.

Weiter zeigt sich hier für die vielen Kleinunternehmer: Vielfalt ist immer ein Bannwald gegen Regulierung und Zentralisierung. Diese Vielfalt (der Kleinunternehmerlandschaft in

rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht) ist also normalerweise ein Vorteil für eine freiheitliche Ordnung. Wenn man ihnen aber helfen will, wie jetzt, dann findet man im Umkehrschluss fast keine Stellschrauben/Instrumente, wo man sinnvoll und unbürokratisch ansetzen kann.

Wenn es länger dauert? Und es wird länger dauern...

- Die Finanzkrise von 2008/2009 lässt nichts Gutes erwarten: die Zinsen blieben tief.
- Am heikelsten ist die Unterstützung für Selbständige und formell via juristische Person bei sich selbst angestellte Firmenleitungen: die gibt es zu normalen Zeiten zu Recht nicht – sie muss so schnell wie möglich wieder aufgehoben werden.
- Die besten Diskussionen / Erklärungen, auch zur Frage, wie lange es wie dauert und wie wir aussteigen auf
 - <https://youtu.be/3z0gnXgK8Do> und
 - www.nzz.ch/video/nzz-standpunkte/die-schweiz-im-wuergegriff-von-corona-ld.1549929
 - www.nzz.ch/wirtschaft/corona-krise-so-wollen-schweizer-oekonomen-das-land-vom-lockdown-befreien-ld.1550691

Immer auch erwähnen:

- Wir, die Schweiz, können uns das leisten, weil wir «Spare in der Zeit, so hast du in der Not» praktiziert haben > Schuldenbremse beibehalten und auch auf andere Bereiche ausdehnen (Sozialwerke, Kantone, Gemeinden). Die Linken wollen die Schuldenbremse nach der Krise nicht wieder reaktivieren und auch in den bürgerlichen Reihen gibt es Unpersonen, die sie auflockern wollen; siehe auch Link am Schluss zu Artikel des Liberalen Instituts «Finanzpolitik in Zeiten der Pandemie»
- Als positives Resultat darf nebenbei hervorgehoben werden, dass Kleinstaaten die Probleme eher besser gelöst haben als grosse Staaten und volksnahe Milizparlamente ebenfalls bessere Lösungen erarbeiten (für Kleinstaaten, für Non-Zentralismus und gegen Berufsparlamente).
- Die Notenbanken sind aktuell die perfekt falsche Feuerwehr (ausser Bereitstellung von kurzfristiger Liquidität für Banken): **«Eine expansive Geld- und Fiskalpolitik wird ohne mobilisierbare Nachfrage bei stillgelegtem Angebot einmal mehr verpuffen** (Michael von Prollius im LI-Briefing März 2020; Link am Schluss)».

Was könnte man selber fordern, siehe auch

www.fdp.ch/fileadmin/documents/fdp.ch/pdf/DE/Positionen/Positionspapiere/Wirtschafts- und Steuerpolitik/Factsheets/Kombiniert final DE.pdf : Am besten wären

Forderungen nach Deregulierung und Liberalisierung für die Wirtschaft. Das hilft der Wirtschaft nachhaltig und schafft Zuversicht. Konzentration auf Massnahmen, die nichts mit Umwelt oder Sozialpolitik zu tun haben. Sonst kommt der Vorwurf, dass die Krise ausgenutzt wird. Beispiele sind:

- Einführung einer **MWSt mit genau einem Satz ohne jede Ausnahme**. Dies kann man auch mit einer leichten Steuersenkung kombinieren, mit 2 Begründungen:
 - es braucht direkt weniger Beamte
 - die Wirtschaft wird effizienter (weniger Juristen, Treuhändler, Buchhalter), was zu mehr Wirtschaftswachstum führt und damit die Steuersenkung schnell wieder wettmacht.Ziel: 1.1.2022
- Systematische **Beschleunigung bei Bewilligungen auf allen Stufen**. Ziel: 1.1.2021

- Unilateraler **Abbau von Zöllen**. Das führt zu tieferen Preisen in der Schweiz, einfacherer Administration bei Firmen und Einsparungen von Personal beim Bund. Es nützt auch der Versorgungssicherheit! Ziel 1.1.2021 oder früher
- **Steuersenkungen** – dies kann man auch in Mischform einer steuerlichen Abzugsfähigkeit von (vorübergehend) 300% jeder Spende unbegrenzt an zweckgebundene wohltätige Organisationen und bis CHF 20'000 an private Haushalte für Härtefälle vorgeschlagen, um den Spielraum der privaten Solidarität zu erweitern.
- **Zeit für Verlustvortrag verlängern**.
- **Reform der Verrechnungssteuer**, welche die Firmenfinanzierung zurück in die Schweiz bringen wird. Ziel: 1.1.2021
- **Abschaffung der Stempelabgaben**. Ziel: 1.1.2021
- **Reale kalte Progression ausgleichen**: Zur *realen* kalten Progression kommt es, wenn Steuerpflichtige infolge allgemeinen *realen* Wirtschaftswachstums in eine höhere Progressionsstufe rutschen. Ziel: 1.1.2022
- **Easy Swiss Tax umsetzen**: Zu viele Abzüge erschweren nicht nur das Ausfüllen der Steuererklärung, sondern machen ein Steuersystem auch ineffizient. Das Schweizer System generiert längst Zielkonflikte, Mitnahmeeffekte und ungewollte Fehlanreize durch die vielfältigen Abzüge, welche in den Steuererklärungen vorgenommen werden können. Hier braucht es einen kompletten Neustart mit einer Steuererklärung, welche auf einem Bierdeckel Platz findet. Ziel 1.1.2023

Das problematische an diesem Abschnitt ist die zeitliche Abfolge: wir haben jetzt einen gewaltigen Schritt «nach links, mehr Staat, kollektiven Lösungen» gemacht. Das ist gegenüber den Sozialisten in allen Parteien eine Vorausleistung, die kaum 1:1 zurückgenommen werden kann. Deshalb sind obige Forderungen dringlich! **Die Linke ist erstaunlich ruhig – kein Wunder, wenn die Bürgerlichen alle Arbeit für sie erledigen.**

Weiterführende Links:

www.schatten-kabinett.ch :

- www.schatten-kabinett.ch/16 : Highway to hell: Mehrausgaben -> mehr Steuern -> mehr Schulden -> Inflation
- www.schatten-kabinett.ch/29 : **Wie man (aus liberaler Sicht) eine Vorlage analysiert**
- www.schatten-kabinett.ch/62 : **Gegen die Abschaffung des Bargeldes**
- www.schatten-kabinett.ch/65 : Bedingungsloses Grundeinkommen (Werteebene)
- www.schatten-kabinett.ch/111 : Staatliche Förderung von Grosskonzernen
- www.schatten-kabinett.ch/129 : **Verteidigung des Wettbewerbs als Ordnungsprinzip (das ist noch nicht wichtig; wird aber in den kommenden zwei Jahren wichtig werden)**

NZZ:

- www.nzz.ch/meinung/wie-die-corona-krise-das-leben-von-uns-allen-veraendern-wird-ld.1548661 : Versuch einer geschichtlichen Einordnung (Eric Gujer)
- www.nzz.ch/feuilleton/coronavirus-und-wirtschaft-rainer-zitelmann-ueber-staats-versagen-ld.1548815 : Versuch einer geschichtlicher Einordnung auf der Werteebene (Rainer Zitelmann)
- www.nzz.ch/wirtschaft/was-tun-gegen-den-wirtschaftlichen-kollaps-die-acht-wichtigsten-optionen-und-deren-vor-und-nachteile-ld.1547201 : Überblick über die derzeit international diskutierten Optionen (Christoph Eisenring, Thomas Fuster)

- www.nzz.ch/feuilleton/kein-schwarzer-schwan-nassim-taleb-ueber-die-corona-pandemie-ld.1548877?mktcid=nled&mktcval=165_2020-03-28&kid=2020-3-28&trco= : Welche Branchen und Unternehmen sollten Regierungen unterstützen und welche auf keinen Fall? Eine Unterscheidungshilfe (Nassim Nicolas Taleb & Mark Spitznagel) – Titel verspricht mehr als er liefert...
- www.nzz.ch/meinung/warum-die-schuldenbremse-wichtig-ist-ld.1528067 : Warum die Schuldenbremse wichtig ist (alt-Bundesrat Kaspar Villiger)

Liberales Institut:

- www.libinst.ch/publikationen/LI-Briefing-Prollius-Pandemie-Weltwirtschaft.pdf : Perspektiven zur Pandemie und der Weltwirtschaft (Michael von Prollius)
- www.libinst.ch/?i=finanzpolitik-in-zeiten-der-pandemie : Zur Schuldenbremse (Christoph Schaltegger und Michele Salvi)
- www.libinst.ch/publikationen/LI-Artikel-Kessler-Corona-Virus-und-Blasenoeconomie.pdf : Corona-Virus und die Blasenökonomie (Olivier Kessler in FuW)

www.hayek.de :

- <https://hayek.de/coronomics>

Praktische Hinweise:

- www.acad.jobs/318626 : Bewerbungstipps von www.acad.jobs mit wichtigen Hinweisen am Schluss, wenn die Jobsuche oder Flaute im Kleinbetrieb länger dauert
- www.facebook.com/marc.a.bourgeois/posts/10220337441520183?rdc=1&rdr : Tipps von Marc Bourgeois
- <https://bit.ly/2J7nsbN> : hervorragende Guidelines für Unternehmer (nicht Unterlasser) von Marc Bourgeois/Endurit
- www.fdp.ch/aktuell/coronavirus : gute Linksammlung (FDP Schweiz)